

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Fringerlohn 1.50 M., bei Selbstabholung 1.40 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., für 1 Monat 1.50 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 M. — Volksheldkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18663.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 85 Pfg., bei Plagvorschritt 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M., jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Landesversammlung der sächsischen U.- und G.-Räte.

Die Internationale sozialistische Konferenz im Januar?

Aus Stockholm wird vom 28. Dezember gemeldet. Laut Sozialdemokraten erhielt Branting am Weihnachtabend ein Telegramm von Gungmans, in welchem dieser ihn bittet, die sozialdemokratischen Parteien im Lager der Mittelmächte, in Rußland und den neutralen Ländern zu einer internationalen Konferenz in Genua für Anfang Januar einzuladen. Ein Internationales Komitee wird wieder zusammenberufen. Gungmans, der sich nach Paris und Genua begibt, ist zum Sekretär ernannt worden. Branting hat hierauf Ebert telegraphisch von der Mitteilung unterrichtet und auch an Vandenberg eine Depesche geschickt, in welcher er jedoch einen Aufschub um einige Wochen befristet.

Der baldige Zusammenritt der internationalen sozialistischen Konferenz ist dringend zu wünschen. Indes wäre wegen der Wahlen zur Nationalversammlung der Aufschub um einige Wochen nötig, den Branting befristet.

Die Konferenz wird ein großes, wichtiges Werk zu vollbringen haben. Sie muß feststellen, ob die Proletarier, die sich in den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder gesammelt haben, entschlossen sind, den Imperialismus ihrer herrschenden Klassen entgegen zu kämpfen und einen Gewaltfrieden zu verhindern. Sie wird die Verantwortlichkeiten der Parteien im Kriege prüfen, und festlegen müssen. Sie wird so den Boden zu einer neuen proletarischen Internationalen bereiten müssen, die wirklich sozialistische Arbeit leistet, sei es auch um den Preis des Ausschließens solcher Gruppen, die dieses Programm nicht rückhaltlos anerkennen wollen.

Gang, 27. Dezember. Dem Korrespondenzbureau wurde von Bon Hof mitgeteilt, daß der Mitterbericht über den Zusammenritt einer internationalen Konferenz am 6. Januar unrichtig ist. Man denkt jetzt an eine Regelung, wonach die Konferenz am 20. Januar zusammenzutreten würde.

Lloyd George über die Kriegsentzündung.

Zürich, 28. Dezember. Der Londoner Oekonomist meldet: Lloyd George beginne in der Frage der deutschen Kriegsentzündung einzulassen. Er habe erklärt, man dürfe über die Kriegsentzündung keine allzu übertriebenen Erwartungen hegen. Deutschland könne höchstens in einer Anleihe zaffen.

Griechenland besetzt Smyrna.

1) Basel, 28. Dezember. Dem bisher von Griechenland in der Offenheit erhobenen Anspruch auf den ehemaligen griechischen Teil der kleinasiatischen Küste ist jetzt die Tat gefolgt. Griechische Matrosen landen in Smyrna und haben von der Stadt Besitz genommen.

Straßenkämpfe in Posen.

Berlin, 28. Dezember. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erzählt, haben gestern zwischen Vertretern des auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, der Waffenstillstandskommission und anderer Behörden Beratungen über die Posenerfrage zu einem Ausgleich zwischen den extremen Anschauungen, die über die gegen die Polen einzuschlagende Politik bestanden, geführt. Von diesem Ausgleich hoffe man wenigstens für die nächste Zeit eine Regelung der wichtigsten Fragen auf gutlichem Wege. Inzwischen sei eine Nachricht eingetroffen, die der Lage ein neues Gesicht gebe: in Posen seien gestern nachmittags Straßenkämpfe zwischen Deutschen und Polen ausgebrochen, die bis in die Abendstunden fortbauerten. Von welcher Seite der Anstoß gegeben worden sei, hehe noch nicht fest.

Im Total-Anzeiger wird als Ursache der Unruhen in Posen angegeben, daß von deutschen durchziehenden Truppen eine der bei den Polen in großer Zahl herausgehenden Flaggen in amerikanischen, englischen und französischen Farben herabgerissen worden sei. Ein Trupp von etwa 100 Polen sei demontrierend zum Polizeipräsidium gezogen, um es im Sturm zu nehmen; es sei geschossen worden, und eine Abteilung von 30 Mann des 20. Feld-Art.-Regis. mit Maschinengewehren mühte den bedrängten Kameraden zu Hilfe eilen. Nach einem lebhaften Feuergefecht sei es schließlich gelungen, die Polen zurückzudrängen. Gegen Abend wäre die Ruhe in der Stadt völlig wiederhergestellt gewesen.

Die Verantwortlichen.

Ein Schuldbekennnis der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder.

Aus einem langen Artikel des Vorwärts vom Freitag, einem Bericht der sozialdemokratischen Volksbeauftragten, erfährt die Welt nun endlich, wie ja allerdings aus den ganzen Zusammenhängen schon ohnehin festzustellen war, die drei Vertreter der Rechtssozialisten im Kabinett Ebert, Scheidemann und Vandenberg die Verantwortung für das Blutvergießen am 24. Dezember tragen, daß sie es sind, die unter Umgehung der Regierungsmitglieder aus der Unabhängigen Sozialdemokratie den verbrecherischen Befehl an die Truppen des Generals Requi zu Vorgehen erteilt haben. Dem Stadtkommandanten Wels fällt daneben noch ein nicht unwesentlicher Teil der Schuld zur Last.

Wir können auf die langatmige Darstellung im einzelnen nicht eingehen, zumal sie im wesentlichen auch nur sehr wenig Neues enthält. An der Tatsache, daß die Matrosen durch das Vorgehen der Regierung aufgereizt worden sind, sie entgegen den Versicherungen, die man ihnen auf dem Rückmarsch gegeben hatte, von Berlin abgehoben und die Auszahlung des rückständigen Soldes mehr oder minder direkt von der Einwilligung der Matrosen in diese Abschlebung abhängig zu machen, ändert die Verteidigungsschrift der drei Männer nichts. Sie erheben großes Geschrei über die zeitweilige Befehlsgebung der Reichsregierung und Wperrung der Regierung durch die Matrosen und namentlich über ihr Eindringen in die Stadtkommandatur und die Festnahme und Behandlung des Stadtkommandanten Wels durch die revoltierenden Matrosen. Aber sie vergessen, daß diese Handlungen eben erst hervorgerufen wurden durch die herausfordernden Maßnahmen, die sie, bezw. ihr Reaktivator Wels, selbst getroffen oder geduldet haben. Aber selbst wenn man von der Vorgeschichte des Blutvergießens bis in die Abendstunden des 23. Dezember absteigt, selbst wenn die einseitige Darstellung des Verichts darüber in allen Stücken zuträfe, so steht doch fest, daß um die Mitternachtsstunden zu einer Einigung die Möglichkeit gegeben war, daß ein Uebereinkommen geschlossen war. Dann aber ist der verhängnisvolle Bruch eingetreten.

Die Darstellung des Verichts schiebt die Schuld daran den Matrosen zu. Er sagt, nachdem er über die Einigung am späten Abend mitgeteilt hat, daß die Matrosen sich darin zur Freilassung Wels und seiner Adjutanten und zur Räumung des Schlosses verpflichtet, folgendes:

„Die Regierung hatte getan, was sie tun konnte. Wer verdammte nun auf der andern Seite die Ausführung des Uebereinkommens?“

Um 11 Uhr, um 12 Uhr, um 1 Uhr nachts wurde mit Schloss und Marsall telephoniert. Immer noch war Wels nicht freigelassen. Die Regierung wartete; Truppen, die aus Potsdam im Anzuge waren, wurden zurückgeschickt, überall zur Ruhe gemacht. Um 1 Uhr morgens kam von einem Führer der Volksmarinemedusen aus dem Schloss die telephonische Meldung:

„Ich kann für das Leben von Wels nicht mehr garantieren!“

Auf diese Nachricht hin, daß ein Mann, den die Regierung auf den schwersten Posten gestellt hatte, von seinem Wels nicht mehr bedroht sei, daß die besonnenen Führer und Kameraden der Marine nicht mehr die Herrschaft hätten über die, welche sich vor einem verbrecherischen Vorgehen nicht zurückzucken, gab den drei allein noch anwesenden Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Vandenberg die Weisung an, die zukünftige militärische Kommandostelle, das nötige zu veranlassen, um das Leben des Genossen Wels zu retten und ihn zu befreien.“

Eine telephonische Meldung also von einem nichtgenannten „Führer“ genügte den Dreien, den verhängnisvollen Befehl zu geben. Sie haben nach ihrer Darstellung gar nicht erst den Versuch gemacht, sich über die Wahrheit der Meldung zu vergewissern, sie haben nicht versucht, sich selbst oder durch andre mit den Matrosen in direkte Verbindung zu setzen. Sie haben auch nicht versucht, die andern Regierungsmitglieder zu verständigen; die sie schließlich selbst hätten erreichen können, sondern sie haben auf eigene Faust gehandelt. Sie haben den Befehl an den General Requi gegeben, ohne sich weiter um die Ausführung zu kümmern, wenigstens geben sie nichts an in ihrem Bericht; daß sie den General nähere Vorschriften gemacht haben. Haben sie es getan, so sind sie also für das unglückliche Ultimatum, das den Konflikt unversöhnlich machte, direkt verantwortlich. Haben sie es nicht getan, so fällt ihnen zum mindesten grobe Fahrlässigkeit zur Last, wenn nicht mehr. Es handelt sich zum mindesten große Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie das Vorgehen des Generals vorausgesehen und gewollt haben.

Es handelt sich zum mindesten große Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie das Vorgehen des Generals vorausgesehen und gewollt haben.

In alledem kommt noch erschwerend, daß die Matrosen noch in später Nachtstunde den Genossen Ledebour nochmals zu Unterhandlungen in die Reichskanzlei sandten und sich durch ihn bereit erklärten, jederzeit wieder in Unterhandlungen einzutreten. Von diesem Anerkenntnis ist bezeichnenderweise in dem Bericht der Drei überhaupt nicht die Rede. Sie waren freilich nicht mehr anwesend in der Reichskanzlei, als Ledebour erschien. Aber sie müssen von seiner Mission erfahren haben, als sie am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufnahmen; und es wäre dann immer noch Zeit gewesen, das Blutvergießen zu verhindern. Wenn es nicht geschähe, so bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß die Ebert und Genossen ihre Krastprobe wollten.

Darauf deutet ja auch schon der Umstand, daß sie nichts getan haben, um die telephonische Meldung auf Wels wahren Wert zu prüfen. Die Freiheit, unser Berliner Stadtkommandant, ist in der Lage, festzustellen, daß an der ganzen Vorgehensweise kein Wort wahr ist. Sie stellt dazu mit:

„Als die Führer der Matrosen ins Schloss zurückkamen und das Resultat der Verhandlungen erfuhr, fürchteten sie, drückt und von Misträuen erfüllt wie sie waren, daß die Insignen wieder nicht gehalten würden, und wollten Wels sofort freilassen. Das wurde Wels vorgelegt, und Wels selbst erklärte sich damit einverstanden; die Nacht über im Schloss zu verbleiben. Wels sollte er freilassen werden und wurde von den Matrosen ins Schloss in Freiheit gesetzt. Nachts wurde er in einem wohllichen Zimmer gelassen, sein Leben war nicht bedroht.“

Cito Wels gibt freilich heute eine etwas andre Darstellung, die von Wolffs Bureau weitergegeben wird. Danach ist er allerdings von einem Teil der Matrosen eine Zeitlang bedroht worden und einige Zeit in einen Verriegelung geführt worden, wo man ihm mitteilte, daß er mit seinem Leben abzuschließen hätte. Diese Darstellung steht der Freiheit direkt gegenüber, und wir müssen es vorläufig dahingestellt sein lassen, welche zutrifft. Aber selbst wenn Herr Wels mit seiner Darstellung recht hat, so war jedenfalls die Maßregel, die die drei rechtssozialistischen Regierungsmitglieder ergriffen, die allerungeeignetste und nur dazu angetan, die Sachlage zu verschlimmern. Sie ist nur zu erklären aus der Aufhebung der drei Herren, daß sie ihre rambonierete Regierungsautorität durch Gewalt und nicht durch Verhandlungen wiederherstellen wollten. Dazu war ihnen offenbar diese Bedrohung des Stadtkommandanten gerade gut genug. Entweder haben sie diese Krastprobe gewollt, oder sie haben sie durch Kopflosigkeit und Ungeduld herbeigeführt. In beiden Fällen sind sie nicht die Leute, die in eine Regierung in Revolutionenzeiten hineingehören. In beiden Fällen können sie das Vertrauen der Revolutionäre nicht mehr beanspruchen. Von einer revolutionären Regierung muß gefordert werden, daß sie nicht in Autoritätsdünkel verfällt, und um ihre Autorität zu wahren, zur Gewaltpolitik des alten Systems greift. Von einer revolutionären Regierung muß aber auch gefordert werden, daß sie in schwierigen Situationen, wie sie die aufgeregten Zeiten einer staatlichen Umwälzung mit sich bringt, den Kopf oder den Hals behält.

Die Ebert, Scheidemann und Vandenberg sind durch ihr eigenes Bekenntnis gerichtet. Aber sie denken nicht daran, die Konsequenz aus ihrem Verhalten zu ziehen. Im Gegenteil, sie pochen auf ihre Macht stärker denn je zuvor. Ihr Bericht endet mit der Aufforderung an ihre Parteigenossen, ihnen die nötige Macht zu verschaffen. Der Vorwärts bringt einen herausfordernden Artikel, in dem er sagt, es wäre nicht schade, wenn die Unabhängigen aus der Regierung austreten; die Sozialdemokraten, d. h. also die Rechtssozialisten würden dann allein das Werk fortführen und nützliche Arbeit verrichten können. Und zum Sonntag werden die Anhänger der Rechtssozialisten zu einer großen Straßendemonstration in Berlin aufgerufen. Unsere Genossen werden zur selbigen Zeit am selbigen Tage ihre Bekennung und ihr Vollen durch die Beteiligung an dem Begräbnis der Opfer des 24. Dezember kundgeben. Heute, Sonntag, abend, laßt der Zentralrat der U.- und G.-Räte mit dem Kabinett die Entscheidung fallen wird, läßt sich nach der Haltung der Vorwärts jetzt schon fast mit Sicherheit erkennen. Die Rechtssozialisten werden die Regierung allein übernehmen. Das Proletariat wird mehr denn je auf der Wacht sein müssen, daß dem Werk der Revolution kein Schaden geschehe.